Dresden, 1880.
[illegible]
Auflage 35000 Exempl.
[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

25. Jahrgang.
[illegible]
Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.
[illegible]

Das Bankgeschäft
von
Koppel & Co.
befindet sich Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

Nacht-Telegramme.

Rußland. General Todtleben kehrt morgen nach Odessa zurück, um General Drentein die Geschäfte zu übergeben und geht dann auf seinen neuen Posten als Generalgouverneur nach Wilna. Die Stelle des zurückgetretenen General Surows verwaltet vorläufig interimistisch sein früherer Gehilfe Oberst Federow.

England. Dieser Tage wird eine Aufforderung der Mächte zur Regulirung der armenischen, montenegrinischen und griechischen Frage der Pforte zugehen. Von der Antwort der Pforte dürfte es abhängen, ob eine Nachkonferenz in Berlin stattfindet.

R. Beyer,
Johannes-Allee 7
neben Café König.
Tapeten und Fenster-Rouleaux,
reichhaltigste Auswahl gewöhnlicher, als auch feiner Sachen jeden Genres zu den billigsten Preisen. Tapeten-Rester von 8 bis 18 Stück.
Proben nach auswärts franco.

Nr. 144.

Witterung vom 22. Mai: Barometer nach Oskar Bosch, Waisenh. 19 (Abds. 7 U.) 755 Mill., seit gestern 6 Millimtr. gefallen. Thermometrogr. n. Reaumur: 10° W., niedr. Temp. 9° W., höchste 10¼° W. Westwind. Vorm. bedeckt, aufklärend, Nachmittags Regen.

Aussichten für den 23. Mai. Vorwiegend trübe, Regen, zeitweise windig, Temperatur dieselbe.

Sonntag, 23. Mai.

Für den Monat Juni

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße 13, zu 90 Pfennige, sowie für auswärts bei den Postanstalten zu 92 Pfennigen angenommen.

Politisches.

Nicht die ganze Hamburger Vorstadt St. Pauli, vielmehr nur ein mikroskopischer Theil davon wird mit Altona in den Zollverein einbezirkt. Also haben die Bundesrathsausschüsse beschlossen. Jener kleine paulinische Theil läßt sich eben nicht vermeiden, will man anders eine brauchbare Zollgrenze beschaffen. Im Uebrigen bleibt fast ganz St. Pauli bei Hamburg. Insofern hat die öffentliche Meinung in Deutschland betreffs der Verfassungsfrage Recht behalten. Hingegen wird sich vermuthlich der Bundesrath über die Ansicht des Reichstages hinwegsetzen, daß die Verlegung der Zolllinie auf der Unterelbe nur mit Zustimmung des Reichstages stattfinden dürfe. In Hamburg macht sich Niemand eine Illusion mehr, daß die Tage der Freihafenstellung gezählt sind. Den einzigen Trost erblicken die Hanseaten darin, daß, wenn sie hierdurch Einbuße erfahren, die Altonaer dieselben Nachtheile erleiden. Verlegt nämlich der Bundesrath die Zollgrenze nach der Elbmündung, so ist Zweierlei möglich: entweder beschränken sich nach dem Beispiele des auf der Themse üblichen Verfahrens die Zollmaßregeln darauf, den von der See kommenden Schiffen einen oder mehrere Zollbeamte an Bord mitzugeben, die darüber zu wachen haben, daß auf der Fahrt von Cuxhaven bis Altona und Hamburg Nichts von Bord ans Land geschmuggelt wird. Dagegen läßt sich Nichts sagen. Oder aber, es wird ein völliges Zollabfertigungsverfahren bei Cuxhaven, Glückstadt oder Stade eingerichtet mit Landungen und Verwägungen der Schiffsgüter. Dann ist der Großhandel Altonas ebenso ruinirt wie der von Hamburg, denn dann gehen die nicht direkt für den Hamburg-Altonaer Markt bestimmten Güter auf der Eisenbahn direkt per Bahn nach ihrem Bestimmungsort im Binnenlande. Dieses Verfahren würde allerdings die Existenz von großen Hafenanlagen an der Unterelbe und eine Eisenbahn von Hamburg nach Cuxhaven voraussetzen. Hierzu hatte sich bereits einmal eine Aktiengesellschaft gegründet, die, von Bleichröder poussirt, unter bekannten parlamentarischen Namen, wie Braun-Wiesbaden, zu Stande kam, aber in der Krachzeit den Weg aller solcher Unternehmungen ging. Für diese verkrachte Gründung blüht denn aus der Absicht, die Zollabfertigung an die Elbmündung zu verlegen, bereits jetzt der Weizen auf's Ueppigste. Der Bodenschwindel in Cuxhaven nimmt unglaubliche Dimensionen an. Jeder Quadratschuh Boden an der Elbmündung, bisher als Viehweide nur kümmerlichen Ertrag gebend, erhält als Baugrund für Zollgebäude, Eisenbahnanlagen u. s. w. plötzlich einen gewaltigen Werth. So kommt die Zollanschlußcampagne ebenso wie die Eisenbahnverstaatlichung direkt den fragwürdigsten Auswüchsen des amtlich so sehr geächteten „Giftbaumes" zu Gute.

Die Vorlage über die kirchenpolitische Diktatur beschäftigt ausschließlich die Gemüther der Politiker in Preußen. Man fühlt, Preußen steht vor einem entscheidenden Wendepunkte. Dieser Eindruck ist um so unmittelbarer, als das Geheimniß über den Umfang der Diktatur sorgfältig gehütet worden war. Selbst das Centrum ist über das Maß der Zugeständnisse des Staates an die römische Kirche erstaunt. Die Liberalen aber sind außer sich. Sie haben es z. B. nicht für möglich gehalten, daß der König von Preußen die durch gerichtliches Urtheil abgesetzten Bischöfe wieder in den Vollbesitz ihrer oberhirtlichen Funktionen soll einsetzen dürfen. Das Begnadigungsrecht bestreitet Niemand dem Landesherrn, aber kein Mensch ahnte eine Ausdehnung so weit, daß die vertriebenen Bischöfe nach ihrer Zurückkehr wieder alle Rechte ihres Amtes ausüben dürfen. Man denke nur: Ledochowski abermals Erzbischof von Posen! Nein, äußerlich betrachtet, tritt die Regierung mit der Vorlage über die kirchenpolitische Diktatur den Weg nach Canossa an oder wenigstens bis halbwegs Canossa. Aber sie will sich die Freiheit der Entschließung wahren, wie weit sie diesen Büßergang fortsetzen und ob, resp. wo sie wieder umkehren soll. Das Centrum aber weiß sehr genau, daß es darauf abgesehen ist, es als politische Oppositionspartei zu sprengen. Seine Stimmung ist daher getheilt: soll es eine Vorlage ablehnen, welche der römischen Kirche unter Umständen so viel bietet? Oder sie annehmen auf die Gefahr hin, seine Bedeutung als politische Partei zu verlieren? Das entscheidende, diesen Zweifel lösende Wort wird für das Centrum aus Rom kommen. Für unabhängige Männer, die sich ihr Urtheil nicht nach den Befehlen aus dem Vatikan bilden, kann ein Zweifel nicht bestehen: eine Vorlage ist abzulehnen, die aus Gesetzen einen Handelsartikel macht, um auf politischem Gebiete Concessionen einzutauschen, die der Regierung eine unermeßliche Gewalt ohne jede Verantwortung in die Hände spielt, die den Glauben des Volkes an die „Majestät des Gesetzes" zu erschüttern droht. Positives Recht ist unter allen Umständen der discretionären Gewalt vorzuziehen.

Die Festigkeit, welche die Regierung in Frankreich bekundet hat, als sie ihre ernste Absicht verlautbarte, keine aufrührerischen Zusammenrottungen zu dulden, hat bewirkt, daß die Rothen in Paris ihre Absicht aufgaben, den heutigen Sonntag in Paris zu einer großen Kundgebung des Communardenthums auszubeuten. Voraussichtlich unterbleiben nunmehr die Ansammlungen der Bataillone der Rothen auf dem Bastillenplatze und ihr Abmarsch nach den Gräbern der im Mai 1871 gefallenen Communardenhelden. Die Anhänger der Commune wissen ganz genau, daß, wenn sie ihre Absicht gegen den Willen der Regierung durchführen wollten, ein Blutvergießen entstände, bei dem sie selbst weitaus den Kürzeren ziehen würden. Diese Festigkeit der Regierung ließ sich in der letzten Zeit, besonders der Deputirtenkammer gegenüber, sehr vermissen. Freilich zeigen sich die Republikaner selbst äußerst schwankend. Dieselben Gruppen, aus denen die Minister hervorgegangen sind, verlassen sie in allen wichtigen Fragen. Ränke und Angriffe gegen die eigenen Genossen, welche die Republikaner zu Ministern gemacht haben, sind an der Tagesordnung. Aus Schwankungen und Wendungen kommt die Kammer nicht heraus, und es ist sehr bemerkenswerth, daß die radikale Prinzipienreiterei immer mehr an Terrain unter den gemäßigten Republikanern gewinnt. „Alles oder Nichts", dieses thörichte Programm breitete sich unter den Republikanern aus. Damit macht man aber keine heilsamen, praktischen und lebensfähigen Gesetze. Man gefährdet die Stabilität der Entwickelung. Zunächst versumpft das Parlament Frankreichs wie das italienische in allerhand parlamentarischen Gruppirungen, Intriguen, Eifersüchteleien der Führer und unaufhörlichen Ministerkrisen. Diese Sorte von Republikanismus richtet die Republik zu Grunde und ebnet die Pfade den gewaltthätigen und hinterlistigen Erbschleichern, den Staatsstreichlern, Gesellschaftsrettern oder glücklichen Generälen. Was für Intriguen spinnt man jetzt um die Besetzung des erledigten Präsidentenstuhls im Senat! Nachdem der brustleidende Martel zurückgetreten, hat Leon Say die meisten Aussichten auf diesen wichtigen Posten. Say war früher wiederholt Minister, ist jetzt abermals Redacteur des „Journal des Debats" und war für den Botschafterposten in London bestimmt. Nun hat er aber beim Abschluß eines Handelsvertrages mit England Pech gehabt und will gern auf diesen diplomatischen Posten verzichten, um Senats-Präsident zu werden. Das ist bereits der zweite Redacteur der Debats, die, für einen Gesandtschaftsposten bestimmt, im letzten Augenblicke einsehen, daß sie dieses Amt doch nicht angemessen auszufüllen vermögen.

Berlin ist zum Versammlungsorte der Botschafter-Conferenz bestimmt, welche die griechische Frage regeln soll. In seiner bekannten saloppen Art hatte der Berliner Congreß über die Abfindung Griechenlands und Montenegros mit türkischem Gebiete höchst unbestimmte Anordnungen getroffen. Nun müssen die Diplomaten in derselben Stadt, worin sie so schlechte Arbeit geliefert, nachexerziren. Keiner der zahlreichen Stämme der Balkanhalbinsel hat eigentlich eine so vornehm-nachlässige Behandlung seitens des Congresses verdient, als das intelligente Volk der Griechen. Die Hellenen sind der berechtigtste Erbe der Türkenherrschaft; sie vor Allem sind vermöge ihrer Zahl und geistigen Eigenschaften berufen und befähigt, die Slavisirung des Orients zu verhüten. Aus diesem Grunde und um selbst die Türkei einzusäckeln, war Rußland stets der geheime Feind der großgriechischen Bestrebungen. Es wird gewiß im Stillen Alles thun, um das Wachsthum Griechenlands auf dem Berliner Nachcongresse zu hintertreiben. Doch dürfen die Nachkommen des Leonidas und Perikles auf endliche Erfüllung ihrer Bestrebungen wohl rechnen. Griechenland wird vergrößert aus dem classischen Diplomaten-Congresse hervorgehen. Mit einer anderen Frage, etwa der albanesisch-montenegrinischen, soll sich der Congreß aber nicht befassen. Oesterreich scheint zu fürchten, daß Gladstone dann auch die Besetzung Bosniens durch das schwarz-gelbe Banner zur Sprache bringen wird und Gladstone hat zwar seine Beleidigungen des Kaisers von Oesterreich feierlich als Gentleman zurückgenommen, aber sein Wort, an dem Kaiser von Oesterreich „die Hände weg", nämlich von Theilen des Balkans, bleibt aufrecht. In der Adreßdebatte führt Gladstone aber eine Sprache, die den Sultan und seine elenden Haremshelden mit Zittern und Schrecken erfüllen wird. Die Türkei hat nicht mehr auf die Duldung Englands zu rechnen, wenn sie ihre Mißwirthschaft fortsetzt und nicht Reformen ehrlich durchführt. Entweder Verbesserungen in der Verwaltung oder Aufhören der Türkenherrschaft — rief Gladstone aus. Die nächste Folge wird in Konstantinopel der Zusammenbruch des jetzigen Ministeriums und die Berufung Midhat Paschas sein.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, den 22. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der beantragte Bezirksrath für Berlin abgelehnt. Der Bundesrath beschloß einstimmig die Einverleibung Altonas in das Zollgebiet. — Die Nachricht der „Köln. Ztg.", wonach am Montag eine unter Theilnahme Bleichröder's und Hansemann's stattfindende Versammlung die Frage erörtern werde, ob das Samoaunternehmen mit der Colonisation des dem früheren österreichischen Consul Overbeck gehörigen Theils der Borneo-Nordküste zu vereinigen sei, beruht auf einem Irrthum. Die Versammlung wird sich nur mit der Liquidation der Seehandelsgesellschaft beschäftigen. — Die Geraer Handels- und Creditbank beschloß die Zusammenlegung dreier Actien in zwei.

Oesterreich. Das Herrenhaus stimmmte der Verlängerung des deutschen Handelsvertrags zu.

Frankreich. Sämmtliche Mächte acceptirten den Zusammentritt der Konferenz in Berlin. Den Vorsitz soll Fürst Hohenlohe übernehmen. Es verlautet, Say wolle auf die Kandidatur des Senatspräsidenten verzichten.

Konstantinopel. Es gehen Gerüchte, wonach Goschen geheime Instruktionen besitze, falls der Sultan Schwierigkeiten mache, auf dessen Entsetzung hinzuwirken.

London, 22. Mai. Nach einer Meldung der „Times" aus Philadelphia vom gestrigen Tage haben die Reading Railroad Company und Reading Coal and Iron Company ihre Zahlungen eingestellt.

Berliner Börse. Der Verkehr an heutiger Börse war wieder recht lebhaft bei allerdings im Durchschnitt etwas niedrigeren Coursen als gestern. Zum Schluß mattete sich das Geschäft ab, da die Timesmeldung von den Zahlungseinstellungen der Reading Railroad Company und der Reading Coal and Iron Company in New-York von den Baissiers ausgenutzt wurde. Im Allgemeinen darf man sagen, daß die Tendenz der letzten Tage eine hoffnungsvolle ist, woran natürlich das Sinken einzelner Papiere und vorübergehende Stockungen nichts ändern können. Banken waren fest. Industrieaktien gaben etwas nach; auch sächsische Industrien wurden davon, allerdings nur in geringem Grade, berührt.

Locales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die **Königin** besuchte am Donnerstag in Begleitung der Gräfin Künkirchen das unter ihrer Protektion stehende Asyl für erwachsene taubstumme Mädchen.

— Der Vicepräsident der 2. Kammer des Landtags, Herr Dr. **Pfeiffer**, vereinigte gestern auf seinem Rittergute Burkersdorf bei Zittau seine Fraktionsgenossen und die Collegen aus der Petitions-Deputation zu einer ländlichen Festlichkeit. Selbst aus dem Erzgebirge fuhren einzelne Abgeordnete nach dem reizenden Winkel in der Lausitz.

— Dr. med. **Kölbing** in **Herrnhut** hat das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens erhalten.

— Infolge der bevorstehenden Errichtung der **Neustädter Amtshauptmannschaft** macht es sich nothwendig, einige Gemeinden links der Elbe der neuen Amtshauptmannschaft zuzuweisen, die sonst zu klein würde, während die auf dem linken Ufer durch Zuwachs der Döhlener Delegation zu sehr anschwölle. Es ist daher in Frage, die Orte Blasewitz, Striesen, Gruna und das gesammte Kirchspiel Leuben, bestehend aus Leuben, Groß- und Kleindobritz, Laubegast, Seidnitz, Tolkewitz und Niedersedlitz, zur Neustädter Amtshauptmannschaft zu schlagen. Die Gemeinden haben schon Versammlung gehalten, um sich **dagegen** zu zu wehren. Der Bezirksausschuß soll sich **für** den obigen, vom Ministerium des Innern ausgegangenen Vorschlag entschieden haben. Es wird die Frage aber noch auf der Tagesordnung der nächsten Sonnabend (den 29. d.) stattfindenden Bezirksversammlung der hiesigen Amtshauptmannschaft stehen; auch hat sich über dieselbe, bevor das Ministerium des Innern definitiv entscheidet, noch der Kreisausschuß der Kreishauptmannschaft auszusprechen. Als Zeitpunkt der Trennung kann fast bestimmt der 1. Januar 1881 bezeichnet werden.

— Die **Tolkewitzer** und Oberblasewitzer haben davon abgesehen, gegen die Entscheidung des evangelischen Landeskonsistoriums in der **Kirchhofsfrage** Rekurs an die in evangelicis beauftragten Staatsminister zu erheben. Damit verschwindet diese Frage von der Tagesordnung, der Kirchhof kommt nun bestimmt nach Tolkewitzer Flur und man wird wohl alsbald mit der Beerdigung der Todten Dresdens dort beginnen, da auf dem Trinitatiskirchhof bald keine Ruhestätte mehr zu finden.

— Vorgestern fand die Grundsteinlegung zu dem von der Gebirgsvereinssektion „**Niedersedlitz** und Umgegend" auf der Lugköhe projektirten Thurmbau statt. Wie viele Gönner und Förderer das Unternehmen bereits besitzt, geht daraus hervor, daß für dasselbe schon weit über 2000 Mk. gezeichnet sind. Hoffentlich finden sich auch noch mehr Freunde, damit der Bau vollständig und in geplanter Weise ausgeführt werden kann. Mit dem Grundstein vermauert ward eine Urne, enthaltend die Mitgliederliste des Gesammtvereins, die Präsenzliste der Anwesenden, verschiedene Münzen und je ein Exemplar von den jüngsten Nummern des Vereinsorgans, der Dresdner Nachrichten, des Pirnaer Anzeigers und der Dorfzeitung. G.

— Am Freitag unternahm der Dresdner Gewerbeverein seine erste diesjährige Excursion zur Besichtigung der renommirten **Pianofortefabrik** des Herrn Hoflieferant Rönisch. Den Besuchern wurden alle Stadien der Fabrikation von der Bearbeitung des rohen Holzes an bis zum vollständig fertigen Instrument vorgeführt. Die Fabrik, welche ca. 150 Arbeiter beschäftigt, verfertigt bis auf die Claviatur und den Mechanismus Alles selbst. 500 Instrumente sind immer in Arbeit, dennoch im Magazin nur wenige fertige Flügel und Pianinos vorräthig vorhanden. Zwei Instrumente, ein Flügel und ein Pianino, werden zur Weltausstellung in Melbourne k. J. gesandt. Der zweite Besuch galt der **Brodfabrik** des Herrn Kittler auf der Magazinstraße. Die Anfertigung des Brodes geschieht mit außerordentlicher Sorgfalt, bezüglich des Mischungsverhältnisses, des Wärmegrades des Teiches, und der Hitze der nach dem neuesten System erbauten Backöfen. Hierdurch wird es möglich, stets ein gleichmäßiges Fabrikat zu liefern und in der kurzen Zeit seit der Eröffnung seines Geschäftes täglich ca. 70 Centner Brod backen und verkaufen zu können. Der letzte Besuch galt der **städtischen Arbeits-Anstalt**. In den Arbeitssälen waren die Internirten je nach ihrer körperlichen Beschaffenheit beschäftigt in Pappearbeiten, Papier-Düten kleben, Fußteppiche weben, Theile von Möbeln aus massiv gebogenem Holz raspeln, polirtes Holz spalten, Tabakblätter sortiren rc. Die Internirten sind trotz der unbedingt nothwendigen strengen Ordnung bei guter Kost, nöthiger Bewegung und durch den gesunden Aufenthalt gut aufgehoben. Von den ca. 280 Insassen waren ungefähr 80 Frauen, die übrigen Männer, welche alle hinreichende Beschäftigung hatten. Wie mancher der Gewerbtreibenden möchte auch gern so schöne Werkstätten haben, wie sie in dieser Anstalt zu finden sind. Ein heiteres Zusammensein der Mitglieder auf dem Waldschlößchen beendigte die interessante Excursion.

— Die Voruntersuchung gegen den verhafteten **Direktor Mengler** von dem Silberbergwerk Himmelsfürst in Freiberg scheint noch nicht beendet zu sein und dürfte man daher einige Zeit auf die öffentliche Gerichtssitzung zu warten haben.

— Während am dritten Feiertage im Plauenschen Grunde 20 Grad Wärme bemerkt wurden, schneite es im Erzgebirge am späten Nachmittage desselben Tages. An dem Nachmittage der Mittwoch waren die Dächer in **Schellerhau** bei Altenberg noch mit Schnee bedeckt und an den Dachtraufen hingen 30 Ctm. lange und 2 Ctm. dicke Eiszapfen. Die jungen Triebe der Laubbäume des Waldes sind hier dem eisigen Nordwinde zum Opfer gefallen. Dagegen hat hier die Kälte den Obstbäumen wenig oder gar nichts geschadet, aus dem einfachen Grunde, weil es nur wenige oder gar keine giebt.

— Seiten des k. Kriegsministeriums ist in Folge der jüngst verschiedentlich vorgekommenen Affairen zwischen Civil und Militär der Befehl erlassen worden, daß Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften **unnachsichtlich** von der Waffe Gebrauch machen sollen, wenn sie in der Ausübung ihres Dienstes behindert werden.

— Herr Emil Schäfer, Inhaber der hiesigen Wattefabrik in der vormaligen Spiegelschleife, schreibt uns: Heute Morgen frug ein Mädchen, von einer Herrschaft in Plauen b. Dresden gesandt, bei mir an, ob eine Frau Schulze in meiner Fabrik verunglückt sei. Da weder eine Frau Schulze bei mir beschäftigt wird, noch Jemand verunglückt ist, so frug ich, warum diese Anfrage erfolge. „Ach — sagte das Mädchen —, der Mann dieser Frau Schulze ist zu meiner Herrschaft gekommen und hat mit den flehendlichsten Geberden um einige Tücher, wohl auch um Geld, gebeten, um die Leiche seiner in der „alten Spiegelschleife" in Dresden verunglückten Frau beerdigen zu können". Man sieht hieraus, auf welch' raffinirte Weise das **geschäftsmäßige Bettlerthum** vorgeht.

— Herr Hotelier **Junghändel** in Zwickau, der in einer dieser Nächte räuberisch angefallen und schwer verwundet ward, befindet sich den Umständen nach besser, als man anfangs erwarten durfte. Der Räuber ist noch nicht entdeckt.

— Der freiwillige Turnerfeuerwehrmann Richard Franke, welcher beim Begräbniß des Kameraden Frenzel als unangemeldeter Sprecher von der Superintendentur zu 150 Mark Strafe verurtheilt war, ist auf seine Reklamation vom Konsistorium **klag- und kostenfrei gesprochen** worden.